

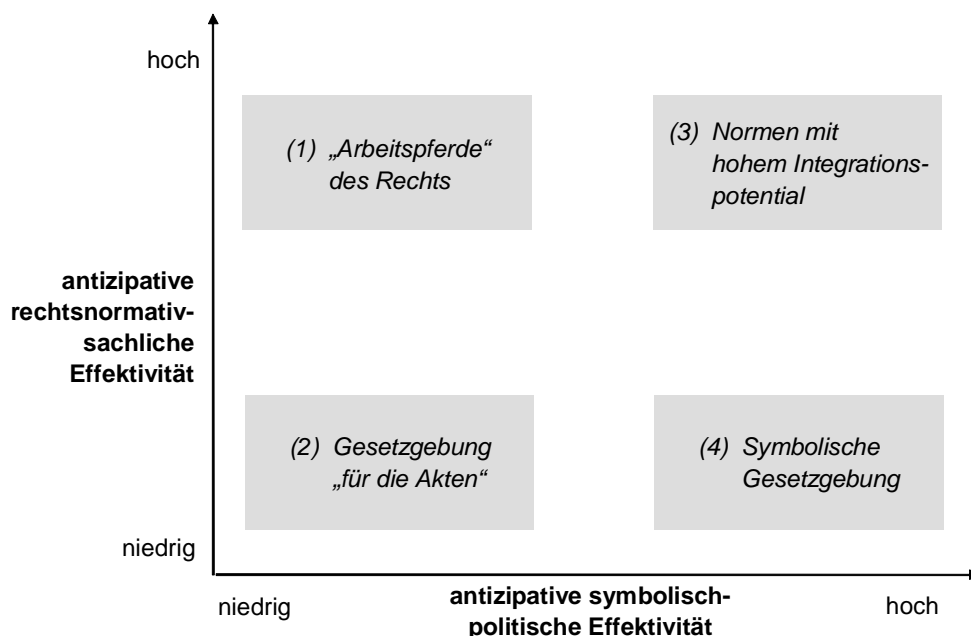
Umweltpolitik unter gesellschaftlichen Macht- und Informationsasymmetrien: Empirische Untersuchung und polit-ökonomische Erklärung symbolischer Gesetzgebung

Jens Newig

erschienen in *Zeitschrift für Politikwissenschaft* Bd. 14 (2004), H. 3, S. 813-851

Zusammenfassung

Es scheint ein Symptom moderner Umweltpolitik zu sein, ökologisch relevante Probleme nicht wirklich lösen zu wollen. Oft belässt es der Gesetzgeber bei formelhaften Kompromissen oder Alibi-Vorschriften. Indem solche „symbolische Gesetzgebung“ politisch wie rechtlich fragwürdig bleibt, wird sie selbst zum Problem. Die Unterscheidung zwischen rechtlich-sachlichen und symbolisch-politischen Gesetzgebungsdimensionen ermöglicht eine klare Abgrenzung symbolischer von nicht-symbolischer Gesetzgebung. Auf der Basis der Ökonomischen Theorie der Politik lässt sich die Entstehung symbolischer Gesetzgebung vor allem aus Macht- und Informationsasymmetrien zwischen organisierten Interessen, dem politischen Gesetzgeber und der Wählerschaft erklären. Demnach kommt es umso eher zu symbolischer Gesetzgebung, je konträrer sich die gesellschaftlichen Interessen in Bezug auf die rechtliche Regulierung eines Umweltproblems verhalten, und je komplexer sich der Regelungsgegenstand darstellt. Zudem werden tendenziell die mächtigeren Interessen faktisch, die schwächeren bloß symbolisch bedient. Die empirische Analyse der Entstehung sowohl des Ozongesetzes als Beispiel symbolischer Politik als auch der Großfeuerungsanlagenverordnung als Musterbeispiel nicht-symbolischer, sachlich effektiver Umweltpolitik untermauern die genannten Hypothesen.



Gesetzgebung unter dem Blickwinkel von symbolisch-politischer und rechtsnormativ-sachlicher Dimension.

Schlagworte: Symbolische Politik, Public-Choice-Theorie, gesetzgeberische Intentionen, Effektivität und Ineffektivität von Gesetzgebung, rechtsnormativ-sachliche Effektivität, symbolisch-politische Effektivität, Umweltgesetzgebung.